taten gehören, für deren Verhandlung und Entscheidung das Kreisgericht (in Militärstrafsachen das Militärgericht; §7 Abs. 6 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch und zur Strafprozeßordnung der Deutschen Demokratischen Republik vom 12. Januar 1968) zuständig ist. Weitere gesetzliche Zulässigkeitsvoraussetzungen ergeben sich aus der Begrenzung der Maßnahmen der strafrechtlichen Verantwortlichkeit, auf die im beschleunigten Verfahren gegenüber erwachsenen Angeklagten (§ 258 Abs. 1 StPO; in Militärstrafsachen auch Militärarrest, vgl. §7 Abs. 6 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch und zur Strafprozeßordnung der Deutschen Demokratischen Republik vom 12. Januar 1968) und gegenüber jugendlichen Angeklagten (§ 258 Abs. 2 StPO) erkannt werden darf.

In formeller Hinsicht ist erforderlich, daß der Staatsanwalt schriftlich oder mündlich den Antrag auf Einleitung des beschleunigten Verfahrens gestellt hat. Wurde keine schriftliche Anklage eingereicht, so muß der Staatsanwalt die Anklage bei Beginn der Hauptverhandlung mündlich erheben.

8.2. Die Hauptverhandlung gegen Flüchtige und Abwesende

Diese besondere Verfahrensart ermöglicht es den Gerichten der Deutschen Demokratischen Republik, über die strafrechtliche Verantwortlichkeit eines Angeklagten auch dann zu entscheiden, wenn er sich vor oder nach der Anklageerhebung seiner Heranziehung zur strafrechtlichen Verantwortlichkeit dadurch zu entziehen versucht, daß er sich außerhalb des Gebietes der Deutschen Demokratischen Republik auf hält oder sich innerhalb der Deutschen Demokratischen Republik verbirgt. Die Bestrafung von Tätern, die Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben, ist eine strafrechtlich anerkannte, universelle Rechtspflicht aller Staaten. Dem entspricht Artikel 91 unserer sozialistischen Verfassung, in dem es heißt: „Die allgemein anerkannten Normen des Völkerrechts über die Bestrafung von Verbrechen gegen den Frieden, gegen die Menschlichkeit und von Kriegsverbrechen sind unmittelbar geltendes Recht. Verbrechen dieser Art unterliegen nicht der Verjährung.“ Um im Interesse der Menschheit die Strafverfolgung von Kriegsverbrechen und von Verbrechen gegen die Menschlichkeit durchzuführen, kann gegen sie die Hauptverhandlung gegen Flüchtige und Abwesende auch dann durchgeführt werden, wenn sie sich außerhalb der Deutschen Demokratischen Republik aufhalten. Die gegen Flüchtige oder Abwesende durchgeführte Hauptverhandlung trägt dazu bei, die Autorität unseres Staates zu verstärken, die erwähnten gefährlichen Verbrechen zu bekämpfen, die Absichten der Kriegstreiber aufzudecken, das Vertrauen unserer Bevölkerung zu den Organen der Strafrechtspflege zu erhöhen und die sozialistische Gesetzlichkeit zu festigen.

Nicht in allen Fällen, in denen ein Beschuldigter oder Angeklagter flüchtig oder abwesend ist, muß diese besondere Verfahrensart angewendet werden. Der Staatsanwalt hat seine Entscheidung darüber, ob er die Durchführung einer Hauptverhandlung gegen Flüchtige und Abwesende beantragt, von der Eignung der betreffenden Strafsache und von der politischen Notwendigkeit eines solchen Vorgehens abhängig zu machen. Außer den Bedingungen, die im Zusammenhang mit der Anklageerhebung im allgemeinen Verfahren erfüllt sein müssen, hat der Staatsanwalt das Vorliegen folgender besonderer Voraussetzungen zu beachten: